

für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher
Zufahlung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auschl. Zufahlungsgelbühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
An sämtlichen Zeitungs-Bürovermittlern
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unterlagen eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Bl.“ gestattet.

Verleger: der Redaktions Nr. 1149;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der
Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

werden die Gekoppelten Kolonialsteuern
oder deren Stamm mit 30 Pfg. berechnet und in
unseren Anzeigenblätter und allen
Annoncen-Exemplaren angemessen.
Retanen die Seite 75 Pfg. für Halle,
andwärts 1 Mt.

Erscheint täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Sandhausstraße 17;
Redaktions-Geschäftsstelle: Markt 24.

Gründungsvierzigster Jahrgang.

Nr. 29.

Halle a. S., Mittwoch, den 18. Januar.

1911.

Der Untergang des Unterseebootes „U. 3“.

Unsere kühne, opferfreudige Marine, deren Kommando
an die Verwendung der Unterseeboote nur mit äußerster
Vorsicht heranzutreten, da die Frage der absoluten Ver-
wendbarkeit der Unterseeboote für den Ernstfall noch lange
nicht genügend geklärt scheint, ist Dienstag nachmittag von
einer jener Katastrophen betroffen worden, wie sie in den
letzten Jahren keiner europäischen Marine erspart ge-
blieben ist. Wie unlängst in den französischen Gewässern
ein Unterseeboot durch eine Explosionskatastrophe
zum Sinken gebracht wurde und dadurch zahlreiche Marine-
soldaten der Republik den Seemannstod fanden, so sank am
Dienstag — wohl durch dieselbe Ursache — beim Ma-
növrieren in der Kieler Bucht bei stürmischem Nord-
westwind das deutsche Unterseeboot „U 3“ mit
26 Mann der Besatzung. Unser Depeschens-Bureau
meldet uns über die Katastrophe:

HTB. Kiel, 17. Jan. Das Unterseeboot „U 3“ ist in der
Heintendorferbucht des Kieler Hafens beim Manövrieren
heute vormittag untergegangen. Das Hebeschiff
„Sultan“ und der große Prähm der kaiserlichen Werft sind
zur Hilfeleistung abgegangen. Das Wasser ist durch den an-
haltenden Nordwestwind stark bemegt.

HTB. Kiel, 17. Jan. abends 6,30 Uhr. (Privat-
Telegramm.) Den Bemühungen der Rettungsmann-
schaften ist es nach mehrstündiger, tapferer Arbeit um
6 Uhr abends gelungen, von den 26 Mann der Besatzung des
Unterseebootes „U 3“ durch eine Luke 24 Mann herauszu-
ziehen. Ein Teil der Besatzung war bereits betäubt.
Ferner meldet uns unser Kieler SS-Korrespon-
dent:

* Kiel, 17. Jan., 10 Uhr abends. (Privat-Telegr.)
Das Unglück ereignete sich heute früh gegen 10 Uhr in der
Heintendorferbucht bei Kiel. „U 3“ befand sich auf der Wasser-
fahrt in Begleitung eines anderen Bootes, als sich das Unglück
ereignete. Das Boot, dessen Vorderteil über das Wasser
herausragte, wird mit Hilfe des Schwimmrahms der kaiser-
lichen Werft gehalten. Das Hinterteil des Unterseebootes
sitzt auf dem Grunde auf. Im Bord befanden sich 26 Mann Besat-
zung. Eine besondere Gefahr für die Besatzung lag nach
dem Eintreten der Katastrophe nicht vor, da der Sauerstoff-
vorrat für mehr als 48 Stunden ausgereicht hätte.
Das Bootskommando konnte sich durch die ausgeworfenen
Telephonbojen mit der Außenwelt verständigen. Der Unfall
zurückzuführen, durch die im Hinterteil des Bootes ein Loch
entstand. Es wurde das Eindringen des Wassers leicht ermög-
licht. Es gelang durch das Torpedofanzierrohr 24 Mann zu
retten. Man hofft bestimmt, die Verbliebenen wieder ins Leben
zurückrufen zu können. 2 Mann, darunter der Kommandant
des Bootes, Kapitänleutnant Ludwig Fischer, befinden
sich noch im abgeschlossenen Teil des Schiffes, im sogenannten
Turm.

HTB. Kiel, 17. Jan. (Privat-Telegramm.)
Das Hinterteil des Unterseebootes war voll Wasser ge-
laufen, während das Vorderteil hochging. Es wird fieber-
haft gearbeitet, um Abtönung und Hebung des Unter-
seebootes zu ermöglichen. Die Rettung der Mannschaft er-
folgte durch das Torpedofanzierrohr und durch Luken. Vier
Mann sind noch im Turm des Bootes, das von
den Ketten der beiden großen Krähne der Kieler Werft ge-
halten wird. Als wahrscheinlichste Ursache gilt eine Gasol-
inexplosion.

Dem „Berliner Tagebl.“ wird über den Unfall ge-
meldet:

Gegen 11 Uhr wurde bemerkt, daß das Boot manö-
vriertunfähig wurde. Der Vorderteil lag einige Fuß über
Wasser, während der Hinterteil unter Wasser lag. Die
im Hafen liegenden Schiffe sandten sofort Dampfboote an
die Unfallstelle. In kurzer Zeit waren auch Torpedo-
boote und Verdrämsdampfer herbeigekommen. Man ver-
mochte jedoch das gesunkene Schiff nicht von der Stelle zu
bewegen. Infolgedessen wurde der Schwimmring der kaiser-
lichen Werft requiriert, um mit dessen Hilfe das Boot
zu heben. Da das eigentliche Hebeschiff für Unter-
seeboote „Sultan“ sich einer Reparatur wegen in
der Werft befindet, hatte es keinen Dampf auf.
Es wurde aber von zwei Schleppdampfern sofort an die Un-
fallstelle geschleppt, um die Hebung vorzunehmen. In-
zwischen hatte die im Boot eingeschlossene Besat-
zung eine Telephonboje steigen lassen, zum
Zweck dafür, daß an Bord alles wohl ist. Der
Chef der Divisionstakt Viceadmiral Schröder, der Chef
des Torpedomechanischen Konteradmiral Hans, der Obermeister-
direktor Konteradmiral Hentel und sämtliche Abteilungs-

direktoren der Werft begaben sich an die Unfallstelle, um
die nötigen Maßnahmen zu überwachen.

Ueber die

Unterseeboote

erzählt der „Tag“: Zu den neuesten maritimen Waffen ge-
hören die Unterseeboote. Im russisch-japanischen Kriege
haben sie noch keine Verwendung finden können, so daß man
über ihre Verwendbarkeit im Kriege noch im Dunkeln tappt.
Frankreich, Amerika und England haben schon seit einer län-
geren Zeit eine ganz stattliche Unterseebootsflotte; Deutsch-
land hat mit dem Bau von Unterseebooten erst sehr spät be-
gonnen; Staatssekretär v. Tirpitz hat wiederholt im Reichs-
tage erklärt, daß man nichts verjümt habe, da die Erfah-
rungen in anderen Ländern bewiesen hätten, daß die ältesten
Unterseeboote den Erwartungen nicht entsprochen hätten, die
man auf sie gesetzt habe. Das erste deutsche Unterseeboot
„U 1“ wurde von der Germania-Werft in Kiel gebaut und im
Herbst 1907 erprobt. Es hatte 10 Mann Besatzung und
stand unter dem Kommando des Kapitänleutnants Bar-
tenbach.

Die günstigen Erfahrungen, welche die Marine mit
„U 1“ gemacht hatte, ließ nunmehr ein schnelleres Tempo
in dem Bau der Unterseeboote eintreten. „U 2“ wurde auf
der Werft in Danzig gebaut, und diese erhielt auch den
Auftrag für „U 3“ und „U 4“. 1909 wurden diese Boote der
Unterseebootsflotte eingereiht; die weiteren Boote wurden
teils auf der Germania-Werft, teils auf der Danziger Werft
gebaut.

Im vorigen Jahre waren im Marineteil für den Bau
von Unterseebooten 15 Millionen eingestellt, in diesem
Jahre wird eine gleich hohe Summe verlangt. Im Herbst
vorigen Jahres standen unserer Marine 12 stützige Unter-
seeboote zur Verfügung, die „allen zeitgemäßen Anfor-
derungen an Ausdauer und Geschwindigkeit entsprechen.“

„U 3“ und „U 4“ wurden besonders scharf erprobt und legten
Mitte November 1909 die 540 Seemeilen lange Strecke Cur-
haven—Fogel—Kiel in etwas über 40 Stunden ohne Be-
gleiterschiff zurück. Dabei wurden 12,55 Knoten gelaufen;
das war eine sehr respektable Leistung. Alle Marinen
haben daran teilgenommen, über die Depacements ihrer Un-
terseeboote nichts zu veröffentlichen, und auch Deutschland ist
darin gefolgt. Soweit bekannt, haben die neueren Unter-
seeboote ein Depacement von 4—550 Tonnen, die Geschwin-
digkeit unter Wasser beträgt 11 bis 8,5 Seemeilen, über
Wasser 15 bis 13 Seemeilen, der Aktionsradius über Wasser
ist 3000 bis 1500 Seemeilen, unter Wasser 50 bis 40 See-
meilen. Mit dem Bau der Unterseeboote ist natürlich auch
die Organisation erweitert worden. Eine Unterseeboots-
schule wurde errichtet, und zwar auf dem Spezialschiff
„Sultan“. Der bisherige Kommandant des „Sultan“, Kor-
vettenkapitän Michaelis, wurde im vorigen Jahre zum Chef
der Unterseebootsflotte und der Korvettenkapitän Heu-
berer zum Leiter der Unterseebootschule ernannt.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung vom Dienstag, den 17. Januar.

Am Bundesratsstisch: Vermuth, Rüfen.
Präsident Graf Schwerin-Köslig eröffnet die Sitzung um
1 Uhr 20 Min.

Eine Immunitätsfrage.

Die Geschäftsordnungs-Kommission beantwortet der
Verhandlung des Hauses gemäß die nachgeforderte Genehmigung
zur Strafverfolgung des Abg. Carlens (Sp.) in einem
Privatbeleidigungsverfahren nicht zu erteilen.

Abg. Doormann (Sp.) beantragt dagegen, die Genehmigung.
Es liegt das im Interesse des Abg. Carlens, der selbst darum ge-
beten habe.

Es entspringt sich hierüber eine längere Aussprache, in der
insbesondere Abg. Dr. Neumann-Spiller (Sp.) geltend macht, daß,
wenn man in einem solchen Falle dem Wunsche des betreffenden
Abgeordneten nachgebe, die ganze Immunität der Abge-
ordneten in Frage gestellt wird; denn dann würde auch in jedem anderen
Falle der Gegner im Beleidigungsverfahren dem Abgeordneten
schaden können, er brauche sich ja nur an den Reichstag zu wenden
und würde die Genehmigung sofort erhalten; wenn er es also nicht
thue, so habe er ein Interesse daran, zu verschleppen.

Mit erheblicher Mehrheit wird der Kommissionsantrag be-
stätigt, die Genehmigung also nicht erteilt.

Die zweite Lesung des Zuwachsteuerergesetzes.

3. zweiter Tag.

Die allgemeine Aussprache bei § 1 des Entwurfs geht zunächst
weiter.

Abg. Doerflinger (Sp.) erklärt die Zustimmung des überwiegen-
den Teils seiner Freunde zur Vorlage. Denn für Militärvorlage
und Veteranen sind neue Mittel erforderlich und wird die Zu-
wachssteuer abgelehnt, so würde die ungenutzte Erhöhung des
Umsatzsteuers an ihre Stelle treten müssen. Die Schwierig-
keiten bei der Veranlagung sind nicht so unüberwindlich und auch
die von den Gegnern der Steuer vorausgesetzte Verteuerung der
Mieten wird nicht eintreten. Der Redner wendet sich gegen die
Behauptung eines einseitig agrarischen Charakters der Steuer;
aber man kann den ländlichen Grundbesitz nicht genau so behandeln
wie den städtischen.

Abg. Senba (Folke) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage
mit gemäßigten Gefühlen gegenüber ständen. Die Scheidung des
unbedeutenden Wertzuwachses von dem durch redliche Arbeit er-

zielten wird sich nicht durchführen lassen. Der Redner verlangt
eine Reihe Erleichterungen, insbesondere eine Erhöhung der Be-
steuerungsgrenzen in Bezug auf die Höhe des Objektes und das Ein-
kommen des Veräußerers. Ganz unannehmbar ist uns
Folke § 22, wonach die Bundesstaaten Steuerfreiheit genießen.
Wir würden durch Zustimmung zu dieser Bestimmung direkt die
Anfiedlungs-politik des preussischen Bundesstaates unter-
stützen. Nach § 22 sind weiter von der Steuer befreit gemein-
nützige Kolonisations- und Arbeiteranlie-
bungs-Vereinigungen. Auch diese Bestimmung würde
nur den deutschen Vereinen zugute kommen, aber gegen pol-
nische Vereine angewandt werden. Wir werden Anträge
stellen, um diesen Bestimmungen die politische Spitze abzuhacken.
Ebenso befehlen wir die Bestimmung in § 23a, wonach gegen
den Steuerbescheid das Verwaltungsgerichtshof gehen können ist.
Wir halten den ordentlichen Rechtsweg für unparteiischer.

Abg. Kaab (nirlich, Spg.): Wir können ohne zu große Be-
denken das Gesetz machen, auch wenn verfehlte Bestimmungen darin
liegen sollten; denn in einigen Jahren wird ja doch eine Revision
notwendig werden. Auf Grund der großen Masse von Änderungs-
anträgen, die vorliegen, wird sich hoffentlich zwischen zweiter
und dritter Lesung eine Verständigung erzielen lassen. Mit ent-
scheidend muß der Verwendungszweck fest für die Veteranen.
Abg. Berner (Sp.) spricht gleichfalls für die Zuwachssteuer
und verlangt ihre Ergänzung durch eine solche für das mobile
Kapital.

Abg. Fauch (Cohorn, Fr.) spricht zu seinem Antrag auf Er-
höhung der steuerfreien Grenze beim Einkommen des Veräußerers
von 2000 auf 3000 Mark.

Abg. Dr. Eitelum (Sog.): Der schwarzblaue Block bemüht sich,
diese an sich gute Steuer zu abschwächen, daß sie kaum noch als
Rechtssteuer angesehen werden kann. Da fällt auch nicht die
Beurteilung auf den angebliebenen Schatz des Mittelstandes. Eine
Veranlassung liegt zu diesen Vorschlägen nicht vor, wir lehnen sie
ab. Die Veteranenfrage darf nicht vom Zustandekommen der
Zuwachssteuer abhängig gemacht werden und es geht auch nicht
an, den Etat von einer Steuer abhängig zu machen, die noch gar
nicht beschaffen ist. Ich kann auch gar nicht glauben, daß der
Schwarzblau-Block als wirkliches Mittel, das uns entziehen zu
müssen. Wenn der schwarzblaue Block für die Veranlagung eine
Rechtsfrage herauf — wir glauben es ihm gerne —, dann soll er
eine wirksame machen und nicht bloß eine Attrappe, lieber gar keine
als eine solche Steuer.

Reichsfinanzminister Vermuth: Ich bitte Sie dringend, alle
Anträge abzulehnen, welche auf Erhöhung der Grenze für die
Steuerfreiheit abzielen. Es liegt an und für sich keine Veran-
lassung vor, bei diesem Gesetz überhaupt eine Freisetzung eintreten
zu lassen. (Sehr richtig! S. d. Sog.) Das ist auch von der Regie-
rung nicht gefordert worden und keine der kommunalen Wert-
zuwachssteuerungen kennt eine solche Freisetzung. Die Kom-
mission ist darauf nur gekommen, weil sie das Zuwachsteuergesetz
den Bestimmungen des Reichssteuergesetzes anpassen wollte. Ein
Grund dafür ist aber nicht einzusehen, ganz abgesehen von den
außerordentlichen formellen und technischen Schwierigkeiten, die
dadurch verursacht würden. Nach der preussischen Statistik fallen
mehr als 70 Proz. aller Veräußerungen auf Objekte unter 5000 und
90 Proz. auf Objekte unter 20 000 Mark Wert. Diese sollen ja gänzlich
von der Steuer frei bleiben. Die Erhöhung der Einkommen-
grenze würde auch wieder ohne jeden Grund eine Freisetzung her-
beiführen, die den Kern des Geleges erheblich beeinträchtigt. In
Preußen sind von den 6 100 000 steuerpflichtigen Personen 5 480 000
mit weniger als 3000 und 4 880 000 mit weniger als 2000 Mark
Einkommen befreit. Diese letzteren kommen nach der Fällung
der Kommission für die Steuer gar nicht in Betracht. Und nun
sollen von dem Rest noch 600 000 grundbesitzlich von den Abgaben
befreit werden? Dazu liegt gar kein Anlaß vor, zumal der kleine
Mann davon keinen Vorteil hätte.

Abg. Dr. Neumann-Spiller (Sp.): Der Gedanke der Wert-
zuwachssteuer ist ja gänzlichverworfen abgemangelt geworden. Die
wirkliche Beilehner ist aber die Erbschaftsteuer. Bei den vielen
Wertschwundsanträgen ist die Gefahr, daß die Steuer überhaupt
keinen nennenswerten Ertrag bringt, die kommen auch gemein-
sam den Vertretern der Reichsparteien, die doch eine gewisse
Verantwortung dafür tragen sollten, daß die Steuer etwas bringt!

Abg. Engel (nl.): Die Wertzuwachssteuer ist auch für die
Zukunft von großer Bedeutung. Häufig müssen zu Zwecken
der Begründung eines Betriebes Grundstücke angekauft werden,
die natürlich von den Besessenen zu möglichst hohen Preisen ab-
gegeben werden. Die Veranlagung der Industrie hat ohnehin schon
eine Höhe angenommen, die dauernd von ihr nicht getragen und
vor allem nicht gelöst werden darf. Ich warne dringend davor,
der Industrie immer wieder neue Lasten aufzuerlegen mit der
Befürchtung, daß das im sozialen Interesse notwendig sei. Die
Bergwerksanteile sollten allgemein frei bleiben. Denn gerade
die Bergwerke unterliegen sehr oft starken Wertermittlungen,
z. B. durch Naturereignisse. Was hat nicht schon alles der
Bergbau an Lasten zu tragen! Wollen Sie ihn ganz
ruinieren? Kommen Sie uns bloß nicht mit der Schablone!
Änderungsanträge behalten wir uns vor.

Abg. Dr. Vrentz (Sp.): Auch ich bin der Meinung, daß der
Bergbau gar nicht in dieses Gesetz gehört. Wir haben gar
nicht nötig, zu allem Ja und Amen zu sagen, was uns die
Regierung vorschlägt. Die bisher an der Regierungswahl ge-
übte Kritik war eher zu milde als zu scharf. Ich verfolge über eine
lange parlamentarische Erfahrung, aber eine solche zweite
Lesung wie diese, habe ich noch nicht erlebt. Trotzdem hoffe
ich noch immer, daß das Gesetz nicht scheitert, obgleich es noch zahl-
reiche Mängel aufweist. Meine Kritik hat mir nicht das Wohl-
wollen des Schatzsekretärs zugezogen. Er sollte mir aber dankbar
sein, denn nur dann, wenn Unbilligkeiten ausgemerkt sind, kann
die Vorlage Gesetz werden. Es ist nicht gerecht, daß man den Im-
mobilienbesitz allein erlast. Man sollte nicht den Wert, sondern
den Vermögenszuwachs zur Grundlage der Besteuerung
machen, um auch das mobile Kapital angemessen heranzuziehen.



Ich verstehe die Konventionen und das Zentrum nicht, daß sie den Grundbesitz nicht belassen wollen. Der Sozialist wird wohl nicht genug sein, neue Finanzquellen für die Betreuer zu eröffnen. Aber das ist Sache der Regierung, nicht unsere. Die Willensentscheidungen werden aus diesem Gesichtspunkt herausgeschöpft. Ein solches ausgearbeitetes Gesetz ist mir noch nicht vorgekommen. Man sollte zunächst einer besonderen Kommission übermitteln, die es aus dem Unverständlichen ins Deutsche überträgt. Mit der rückwirkenden Kraft ist das Gesetz für mich unannehmbar. Kommen wir zur Einseitigkeit? Je länger sich die Debatte hinzieht, desto schwieriger wird die Schlichte. (Zustimmung.)

Schaffmeister Wermuth: In drei Befehlen höre ich immer wieder dieselben Argumente. Die Stellung Dr. Trendls wundert mich, da er für die Vorlage von 1900 gestimmt hat, obwohl sie dreimal so stark gewesen ist wie die jetzige. Gegen früher sind fast sämtliche Bestimmungen ganz erheblich gemindert worden. Dr. Trendl will die Vorlage an der rückwirkenden Kraft scheitern lassen. Der Entwurf von 1900 lag aber eine Rückführung bis 1884 vor. Auch die meisten Gemeinden haben viel weiter in die Vergangenheit zurück. Wenn wir alle Abänderungswünsche erfüllen können, was heißt denn dann dem ganzen Gesetz noch übrig? Auch die kleinen Einkommen müssen erhöht werden, weil gerade solche Leute sich für große Spekulationen einlassen, da sie ja persönlich dabei nichts riskieren. Dr. Trendl hat uns vorgeworfen, daß das Gesetz schlecht ausgearbeitet ist. Auf Grund meiner parlamentarischen Erfahrungen muß ich sagen, daß noch kein Gesetz vorgekommen ist, bei dem nicht von dieser oder jener Seite behauptet wurde: So etwas Schlechtes sei noch nicht dagewesen. (Heiterkeit.) Durch Ausführungsbestimmungen und persönliche Befehle soll die Handhabung des Gesetzes erleichtert werden. Wir wollen uns bemühen, jedem einzelnen den Text in sein geliebtes Deutsch zu übertragen. In der Regel werden die Schwierigkeiten in der Handhabung ganz unangehörig übertrieben. Die Nachsicht, daß die Zahl der Senate des Verwaltungsgerichtshofes wegen dieses Gesetzes vermindert werden muß, ist unrichtig. Ich bitte Sie, die Lage der Betreuer, die etwas einnehmender zu wärmen. Dr. Trendl erklärte, der Reichstag solle keine Gesetzkommissionen machen, damit er doch die Rechte vorangehen, mit der es allerdings nicht ginge. Nun soll ich neue Steuern bringen. Ich hätte ein ganzes Bündel in Fetto, aber da wird mir die eine Hälfte von rechts, die andere Hälfte von links abgelehnt. Wir sind belächelt gewesen, die Einmachten so genau und so vorsichtig zu machen, wie nur möglich, und wenn wir gefunden haben, daß es noch eine Deduktion des Bedarfs für Meer und Retenar bedarf, so kommt man an dieser Tatsache auf keine Weise vorbei. Ich bitte, das stets zu berücksichtigen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kon.): Ich gebe die Erklärung ab, daß die Konventionen in ihrer großen Mehrheit in allen Punkten für den § 1 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse stimmen werden. Die Gefahr, daß die Befreiungsvorrichtungen zur Umgehung des Gesetzes durch Vereinnahmungen ausgenutzt werden können, wird nur erhöht, wenn man die Befreiungsgrenzen erweitert. Dann ist die Gefahr da, daß der Besitzer eines großen Grundstücks in Partellen zerlegt und es an Stromdrähte, die von ihm abhängig sind, und ein Einkommen von weniger als 2000 Mark haben, billig verkauft, die die dann neuer Steuerpflichtigen. Aus den Reben der Sozialdemokraten hören wir aber das ganze Landwirt-tum. Diese Abneigung wird erwidert. Wir haben uns bemüht den Wertzuwachs auszuscheiden, der auf der eigenen Mitarbeit und Tätigkeit des Besitzers beruht.

Abg. Dr. von Savigo (Ztr.): Ich bitte für die Erhöhung der steuerfreien Grenzen beim Wert des Objektes von 20 000 auf 30 000 und von 5000 auf 10 000 Mark.
Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr.
Schluß 6¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom Dienstag, den 17. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Penke, v. Dalwitz, v. Weitzenbach, v. Troit in Solz, v. Schorlemer.

Erste Lesung des Etats.

Dritter Tag.

Minister des Innern v. Dalwitz: Der Abg. Stroebel hat gestern die Resolutionen vorgeschlagen, die ich nicht dazu kommen kann. Ich kann nur konstatieren, daß die Zahl der verwundeten Beamten höher gewesen ist, als die der verwundeten Exzediten. Der Polizei sind nun von zwei Seiten Vorwürfe gemacht, von der einen, daß sie nicht von vornherein mit genügender Energie eingeschritten und daß von der Heranziehung von Militär abgesehen worden sei, von der anderen Seite, daß die Polizei ohne Grund sich in den Streit eingemischt und dadurch erst die aufsteigende Veranlassung gegeben hätte. Ich halte die Vorwürfe nach beiden Richtungen hin für verfehlt und unhaltbar. Der ursprüngliche Anlaß war der Streit von 150 Arbeitern, an sich kein wesentlich bedeutendes Ereignis. Die Polizei konnte die große Dimension der Ausschreitungen nicht in vollem Umfange voraussehen. Trotzdem waren ihre Vorkehrungen ausreichend, um überall Herr der Situation zu bleiben. Als man den gemeinlichste Charakter der Bewegung deutlich erkennen konnte, hat die Polizei sofort weitgehende Maßnahmen getroffen. Die dem tatsächlichen Vorgehen allein ist es zu verdanken, daß der Aufstand nach zwei Tagen als überstanden angesehen werden konnte. Es ist eine alte Tradition, bei inneren Unruhen das Militär erst dann heranzuziehen, wenn die Polizei zur Unterdrückung der Unruhen nicht mehr imstande ist. Ich betrachte es als einen Vorzug, dessen wir uns gegenüber anderen Konstitutionen zu erfreuen haben, daß es bei uns in der Regel gelingt, große Unruhen zu überwinden, ohne daß es hierzu der Heranziehung des in erster Linie zum Schutze des Vaterlandes gegen auswärtige Feinde bestimmten Heeres bedarf. (Sehr richtig! rechts.) Der Vorwurf, daß die Polizei sich grundlos in den Lustkampf eingemischt habe, ist unrichtig. Die vornehmste Pflicht des Staates besteht darin, jede ehrsüchtige Arbeit zu schützen und Arbeitgebern und Arbeitern die Möglichkeit zu gewähren, ungehindert der Berufstätigkeit nachzugehen. (Sehr, Beifall rechts.) Dem Arbeiter muß das Recht bleiben, seine Arbeit zu suchen, wo und wie es ihm beliebt. Es war Pflicht der Polizei, das Leben und die Gesundheit der neu eingeworbenen Arbeiter bei Kupfer zu schützen. Die nach Ansicht des Gerichts in einer Anzahl von Fällen vorgekommenen Mißgriffe sind ganz naturgemäß von den Betroffenen außerordentlich aufgebläht. Die Polizei hat eine Besondere Aufmerksamkeit und Kaltblütigkeit bewahrt und ist erst eingeschritten, als die Ausschreitungen den Charakter des offenen Aufstands angenommen hatten. Dann aber mit der nötigen Energie und Unerschrockenheit. Ich kann die gegen die Polizei erhobenen allgemeinen Anschuldigungen und Verunglimpfungen nur energig zurückweisen. Ich halte es für meine Ehrenpflicht, die Willkür zu erwähnen, mit der die

Polizei in jener schweren Zeit tages und nächstelang ausgeharrt und ihres schweren Amtes gewarnt hat im Interesse des friedlichen und veränderlichen Zustandes der Konventionen. (Beifall rechts.) Seit ich bei dem Aufstande aus organisierte Arbeiter und Angehörige des kleinen Bürgerstandes beteiligt waren. Es liegen aber keine Beweise vor, daß es sich um eine vor langer Zeit vorbereitete Aktion gehandelt hat. Wohl aber halte ich es für gar nicht zweifelhaft, daß die jahraus, jahrein geübte Verhöhnung der Massen naturgemäß bei größeren Streiks zu gefährlichen Ausschreitungen und Unruhen führen muß, wie wir sie leider in Weimar zu beklagen hatten. Es ist bemerkenswert, daß ein Teil der bürgerlichen Presse sich solchen Treibern angeschlossen hat. Ich bedauere das Vorgehen der sozialdemokratischen Presse auch im Interesse der Arbeiter, weil sie zu neuen Ausschreitungen führen müßten, deren Bekämpfung im Interesse des Landes mit entsprechender Energie und Rücksichtslosigkeit erfolgen muß, und darüber möchte ich keinen Zweifel aufkommen lassen, auch erfolgen wird. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Zehlf: Die große Mehrheit des Hauses ist mit dem Minister vollständig einverstanden. (Beifall Zustimmung.) Überprüfend bei den Sen.) Schuld an den Vorgängen in Weimar trägt die Sozialdemokratie. (Sehr, Zustimmung rechts und in der Mitte.) Der Herr gegen die Polizei ist von der Sozialdemokratie in Presse und Versammlungen andauernd geschürt worden und die Verhöhnung hat einen geradezu gefährlichen Charakter angenommen. Mitgefühl an den Unruhen hat die bürgerliche Presse vom Schlage des „Berliner Tageblatts“. (Stürmische Zustimmung rechts.) Bei den Zeugnisaussagen war viel Suggestion, es kamen Aussagen zustande, die wahrheitswidrig und gefälscht waren. (Große Anruhe und Aufbegehren bei den Sozialdemokraten: Unruhe. Präsident von Köcker rief diesen Zuständen.) Die Verteilung hat die Zeugen in Verwirrung gesetzt, was verzerrlich und falsch ist. Zwei einzelne Verfassungen, die Polizei aber eine bedeutungsvollere Pflichterfüllung bewiesen. (Sehr, Beifall rechts.) Durch eine Revision der Strafprozedur müssen demartig lange Prozesse unmöglich gemacht werden. Zukünftig muß auch die Polizei von vornherein schärfer eingreifen. Der Abg. Stroebel hat zwar gestern die revolutionäre Tendenz der Sozialdemokratie gelehrt, aber der Abg. Zehlf hat doch hier schon mit dem Generalstreik getrost und ich meine, der politische Generalstreik muß strafrechtlich dem Doppertat gleichgestellt werden. Das die Regierung sich keine neue Wahlrechtsvorlage an das Haus bringen will, billigen wir (Zustimmung rechts), da heute keine Aussicht vorhanden ist, zu einem politischen Ergebnis zu gelangen. Die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage im jetzigen Moment wäre eine Dummheit. (Sehr richtig!) Eine Dummheit mag aber kein Minister (Sehr, Beifall rechts.) Ähnlich werden wir freilich ein Wahlgesetz schaffen müssen, wie es im Interesse der Ruhe unseres Vaterlandes liegt. (Sehr, Beifall rechts.)

Was den Fall Beder anlangt, so hätte der Abg. Wiemer nicht den ganz unerschütterlichen Vorwurf der politischen Feindschaft gegen das Greifswalder Gericht ergehen lassen. Unsere Stellung über die Anwendung des Enteignungsgesetzes beschaen wir uns vor, wir sind aber der Meinung, daß zum Schutze der deutschen Anwohner im Osten etwas gethan muß. Der Modernisteneid darf den Unerschütterlichen nicht auferlegt werden. Im Interesse des Vaterlandes liegt es, die männliche Jugend gegen Verwahrlosung und sozialdemokratische Verführungen zu schützen. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer äußert sich über den gegenwärtigen Stand der Maul- und Klauenseuche, die jetzt einen geringeren Umfang habe. Das sei zweifellos den energischen Maßnahmen der Veterinärverwaltung zuzuschreiben, auch geschähe alles, um die Fäden in der Bekämpfung der Seuche für die landwirtschaftliche Tätigkeit zu mildern. Die Stellungnahme der Polizei für Viehtrieb seien im Kontrast zu demjenigen zurückzuführen, was im Interesse der Ruhe unseres Vaterlandes liegt. (Sehr, Beifall rechts.)

Abg. Schmieding (ntl.): Das Anlagekapital der Eisenbahnen beläuft sich auf 10 Milliarden, monatlich 3 Milliarden gelöst sind. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Wir werden uns aber gegen die Desolationspolitik. Es darf nicht inaktualisiert werden, solange die Steuerzahler übermäßig in Anspruch genommen werden. Wir wünschen eine partielle Behandlung von Landwirtschaft, Handel und Industrie. Für den Mißerfolg bei der Wahlrechtsvorlage tragen nur die Konventionen die Schuld, die nur eine Wahlreform mit dem Zentrum machen wollten. Die geistige Rede des Abg. Stroebel war nichts weiter als der Rationendünkel bei dem Rückzugsgedicht der Sozialdemokraten. Der Arbeiter hat das Recht zum Streik. Aber das erfordert auch die Achtung vor der Freiheit zur Arbeit. (Sehr richtig!) So lange es eine Gesellschaft gibt, haben wir es in Deutschland noch nicht so gut gehabt wie jetzt. Wir sind heute das glücklichste Volk der Welt. An dem wirtschaftlichen Aufschwung ist die handwerkliche Klasse am höchsten beteiligt. Dennoch haben wir einen inneren Haß und eine Unzufriedenheit in Deutschland, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Das liegt in unserer Volkscharakter. Der Liberalismus lehnt sich gegen die Parteifissionierung der Konventionen mit dem Materialismus auf. Er wird liegen, wenn er sich die Erfahrungen, die die große liberale Partei in der Konstitution gemacht hat, als Warnung dienen läßt. Wir wollen eine gesunde selbsttätige Entwicklung unseres preußisch-deutschen Vaterlandes. (Sehr, Beifall bei den Ntl.)

Abg. v. Wenim-Jülendorf (kon.): Die geistige Rede des Abg. Friedberg war gegen die Rechte nicht besonders freundlich. Bezüglich der Wahlrechtsvorlage erkläre ich namens mehrerer politischen Freunde, daß das in der Thronrede gegebene Versprechen unseres Erachtens durch die im verflochtenen Jahre erfolgte Vorlage als eingelöst zu betrachten ist und daß zu einer weiteren Vorlage um 10 weniger ein Bedürfnis eingeleitet ist, als eine Unterbrechung durch die anderen wirtschaftlichen Parteien auf unwillkürliche Schuldhaftigkeit liegt. (Sehr, Beifall rechts, Widerspruch links.) Besonders gefreut hat uns die Sozialdemokratie in den Worten des Ministers von Dalwitz. Die Sozialdemokratie erklärt ja selbst, daß sie das Volk aufzuspüren will. Sie können sich also über die Folgen nicht wundern. Bis 1900 sind für Arbeiterfüllung 8½ Milliarden ausgegeben worden. Die Nachfolger Bismarcks haben leider nicht mehr keine Energie gegen den Unmut belesen, auch Fürst Bismarck nicht. (Abg. Hoffmann (kon.): Ja, wie wir's denn mit Obdenburg? Große Heiterkeit.) Mit dem kleinen Staate habe ich mich hier nicht zu beschäftigen. (Stürmische Heiterkeit; Zurufe bei den Kon.) (Zustimmung links.) Wenn alle Minister die Anschauungen des Herrn v. Dalwitz teilen, dann wird Preußen der Staat bleiben, dessen Beizhen Bebel in Weimburg so sehr beklagt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Forst (Ztr.): Wir wollen den preussischen Wählern das Wahlrecht geben, das wir im Reich und in anderen Bundesstaaten haben. Die Aufgaben hierfür sind aber im Augenblick außerordentlich minimal. Man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand. Es ist nicht wahr, daß wir die Wählerrechte verorten haben. Die Nationalallgemeinungen wollten den pluralistischen Charakter des jetzigen Wahlrechts nicht verändern. Die Erklärung des Kultusministers über den Modernisteneid war durchaus logisch. Von dem Modernisteneid haben die meisten Leute, die davon reden, auch nicht einen blauen Dunst. (Sehr richtig! im Ztr.) Wenn ein Staatsrechtslehrer republikanische Grundzüge doktrieren wollte, dann würde wohl auch die Achtung des Freiherren von Zehlf vor der freien Forjörung nicht lornet gehen, daß er diesen Mann ruhig doktrieren ließe. (Sehr gut! im Ztr.) Die Sammelpolitik hat

Grav. Fräulein hier im Auftrage unserer Fraktion proklamiert, nicht für sich persönlich. Im Interesse unserer innerpolitischen Lage sollten wir nicht die Hände rückerwärts auf Dinge legen, die uns trennen. Die Schwierigkeit unserer Lage macht es wünschenswert, daß wir alle gemeinsam arbeiten im Interesse des Vaterlandes. In der letzten Zeit sind ungläubliche Schmähungen über eine ganze Reihe katholischer Dinge in der liberalen Presse gewesen. Wir haben aber im Interesse des konfessionellen Friedens dazu geschwiegen. Die Ausführungen des Abg. Schmieding gingen dahin: lieber rot als schwarz! Darauf werden wir, wenn das die Ansicht der Nationalallgemeinungen ist, die nötige Antwort geben, so sehr ich das im Interesse unserer innerpolitischen Friedens bedauere. (Beifall bei dem Ztr.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß 4 Uhr.

Deutsches Reich.

Domänenpolitik.

Man schreibt der „Nordf. Ztg.“ aus der Provinz Sachsen:

Ministerialdirektor Dr. Thiel hat im Jahre 1908 einen Aufschuß über innere Kolonisation veröffentlicht, in dem er nachweist, daß nach der Aufteilung von vier Domänen in Ostpreußen mehr vorhanden waren: Kreispreuß. 757 577 Mt., Feuerwehrlager 457 500 Mt., Rente gegen Stadt 37 350 Mt., Rente 96 Mt., Rente 206 Mt., Schweine 1398 Mt., Geflügel 2812 Stück, Bienenstöcke 124 Stück, Obstbäume 4006 Stück, Kautschukbäume 13 400 Mt., Reben 521.

- 1. Domäne Hamersleben 587 Hektar 30 900 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer Frh. Struve.
- 2. Domäne Burg Dörsleben 758 Hektar 34 138 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer Gebr. Wrede.
- 3. Domäne Hauseneindorf 389 Hektar 17 638 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer von Dippe.
- 4. Domäne Ampurth 863 Hektar 44 331 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer Frh. Struve.
- 5. Domäne Schermle 618 Hektar 17 908 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer Frh. Wrede.
- 6. Domäne Gießhülsen 321 Hektar 16 987 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer von Wagnitz.
- 7. Domäne Seeben 619 Hektar 26 915 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer von Sagenst.
- 8. Domäne Parby 1374 Hektar 86 760 Mt. Grundbesitzer-Reintrag, Käufer von Diege.

Diese acht Domänen mit ca. 5500 Hektar haben einen durchschnittlichen Reintrag von 50 Mt. pro Hektar, also dreimal mehr als in Ostpreußen, und liegen in den Kreisen der Provinz, wo der Großgrundbesitz nach Professor Cering insoweit die Hälfte des Grundbesitzes inne hat. Nun muß man sich fragen, welche Gründe haben die Regierung veranlaßt, diese Domänen zu verkaufen, da doch in jedem dieser Kreise schon Tausende von polnischen Arbeitern beschäftigt sind. Der Führer der Konventionen in der Provinz Sachsen, Freiherr von Giffa-Wesenburg, hat vor zwei Jahren den Antrag im Landtage eingebracht, daß keine Domäne unter 100 Hektar veräußert werden darf. Wesentlich ist dem Führer der Provinz einen Hektar von einer Domäne erwerben soll. Und dieser Antrag wurde mit großer Majorität im Landtage angenommen.

Wie ist der Bauer in der Landwirtschaftsminister vertreten? Reg.-Bezirk Magdeburg: 14 Kreise = 32 Großgrundbesitzer und 100 Besitzer unter 100 Hektar; Reg.-Bezirk Merseburg: 16 Kreise = 44 Großgrundbesitzer und 7 Besitzer unter 100 Hektar; Reg.-Bezirk Erfurt: 9 Kreise = 13 Großgrundbesitzer und 6 Besitzer unter 100 Hektar. Die 39 Kreise der Provinz werden also durch 80 Großgrundbesitzer und 23 Besitzer unter 100 Hektar vertreten. Unter diesen 23 Delegierten sind noch verschiedene, die wohl mehr zum Großgrundbesitz als zum Bauernstande gehören. Wie groß dieses Mißverhältnis ist, geht daraus hervor, wenn man bedenkt, daß im Reg.-Bezirk Magdeburg in den 14 Kreisen 68 Prozent der Besitzer unter 100 Hektar und 32 Prozent über 100 Hektar besitzen. Im Kreise Salzweil stellte sich das Verhältnis auf 93 Prozent unter 100 Hektar und 7 Prozent über 100 Hektar, im Kreise Angermünde auf 44,5 Prozent unter 100 Hektar und 55,5 Prozent über 100 Hektar. Im Reg.-Bezirk Merseburg zählten in den 16 Kreisen 74 Prozent der Besitzer unter 100 Hektar und 26 Prozent über 100 Hektar (eigen); im Kreise Wittenberg stellte sich das Verhältnis auf 91,5 Prozent unter 100 Hektar und 8,5 Prozent über 100 Hektar; im Mansfelder Seekreis auf 48,5 Prozent unter 100 Hektar und 51,5 Prozent über 100 Hektar. Im Reg.-Bezirk Erfurt zählten in 9 Kreisen 88,5 Prozent der Besitzer unter 100 Hektar und 11,5 Prozent über 100 Hektar. Im Kreise Heiligenstadt stellte sich das Verhältnis auf 93,2 Prozent unter 100 Hektar und 6,8 Prozent über 100 Hektar; im Kreise Weißenfele auf 71,5 Prozent unter 100 Hektar und 28,5 Prozent über 100 Hektar. In bezug auf ganze Provinz ist danach mit der Zunahme der Bodenqualität auch eine Zunahme des Großgrundbesitzes zu bemerken und umgekehrt. Dies ist nur ein kleines Beispiel.

Mit besonderer Hochachtung ergebenst

S. A. Aderbürgen, Mitglied des D. Bauernbundes.
Kommentar überflüssig! Dieser Brief eines Bauern spricht an sich Bände!

Vor der Debatte über die elfjährige Verfassungsfrage.

„Kaiser dem Statthalter der Reichslande Grafen Wedel ist auch der Staatssekretär Jörn von Bulach in Berlin eingetroffen, um an dem Dreifachtag teilzunehmen. Ihre Ankunft in Berlin erfolgte einige Tage früher, um mit dem Reichstagsler die jüngsten Vorgänge in Weimar und die Frage der Verfassungsreform, die Ende des Monats im Reichstage zur Verhandlung kommen wird, zu besprechen.“

Not- und Personalnachrichten.

Die Wunschzeit der Jörn im letzten Empfang im Winterpalast hat — wie man uns aus Weimar mitteilt — die Gerüchte von einer erneuten Entkränkung hervorgerufen. Diese entsprechen aber nicht den Tatsachen. Seit ihrer Kur in Rauschitz fühlt sich die Jörn bedeutend besser. Ein Rückschlag ist im Laufe der letzten Wochen nicht zu verzeichnen gewesen. Sie nimmt an allen Vergnügungen ihrer Familie teil und empfangt in ihrem Gemächern Bekannte und Gäste. Von einer Teilnahme an dem großen Empfang im Winterpalast wurde nur deswegen abgesehen, weil die Jörn längeres Stehen noch nicht vertragen kann.

andere Seite darüber öffentlich gesprochen wird, hatten wir uns für verpflichtet, im Interesse der Klärung diesen Sachverhalt mitzutheilen.

Das Bühnengeniessenschaftsfest am 1. Februar. Die Dekoration der Kaiserfeste im Rahmen eines buntbemalten Gausler- und Festschmuckes ist auch diesmal langer Hand vorbereitet. Die bekannten Maler Professor Steiner und Prof. Kohl von der Zeigler Akademie, sowie der heimische Maler W. H. v. D. Dichtermeister, der herzoglichen Malermeister und Hofmaler des Prinzregenten, W. H. v. Schütz, sind dem Komitee bei den Vorarbeiten mit Rat und Tat beigetragen und haben Originalbeiträge gewidmet, die dem Plakat des Festes, dem Programm und der Festschrift das künstlerische Gepräge geben werden. Die Druckarbeiten werden, wie alljährlich, aus der Kunstanstalt Curt Riethmann (Zsh. Carl Könnede) herangezogen. Die Leitung der Dekoration für die Kaiserfeste fällt in hochherziger Weise wiederum die heimische Firma Heilbrunn u. Pinner übernehmend.

Der Veteranenverband, Ortsverein Halle, hielt Sonntag in M. Borschs Gastmirtal eine sehr gut besuchte Generalsammlung ab. Die Zahl der Mitglieder beträgt 180. Unterstützungen erhielten 40 Kameraden beim Wirtinnen mit zusammen 800 Mark ausbezahlt. Als zweiter Schriftführer wurde Kamerad Mettin gewählt.

Der Lehrerverein der Umgegend von Halle a. S. hielt am Sonnabend, den 21. Januar, 2 Uhr, im Schultheiß in Halle, Poststraße 5, seinen zweiten Vortrag zu dem Thema: „Die Seelenfrage vom Standpunkt der Naturwissenschaft“ (Erkenntnistheorie). Im zweiten Teile der Sitzung findet eine größere Gesangsprobe statt. Der Eintritt zu dieser Sitzung ist frei. Gäste willkommen.

Das gefährliche Alter. Unter diesem Titel hat die hiesige Schriftstellerin Karin Michalis ein Buch erscheinen lassen, das viele Kreise zu scharfem Widerspruch heraufstößt. — Der bekannte Redner Wilm V. v. Erath-Berlin wird am Dienstag, den 24. cr. abends 8 1/2 Uhr in den Thalia-Vorstellungen über das obige Thema sprechen und seinen gegenwärtigen Standpunkt vertreten.

Das Grab des Ballons Hildebrandt.

Unter der Leitung des Regierungsbaumeisters Reidel und Dr. Brödelmann gelang es, Dienstag nachmittag gegen 2 Uhr die Leiche des Rechtsanwalts Kohrs und den Ballon zu bergen. Die Leiche wurde sofort in der Gegend nicht gelandet werden, sie befand sich nicht in der Gegend.

Es war eine mochalige Arbeit, im See wurde das bereits wieder ausgefrosene Loch wieder in das Eis geschnitten und vergrößert. Eine Anzahl von Brettern war herbeigeführt worden, auf denen man ein Tragegerüst zusammengeklammert hatte. Die Arbeit mußte äußerst schnell vor sich gehen und in wenigen Minuten erledigt sein, denn schon senkte sich das Eis bedenklich an der Unglücksstelle. Die Bretter des Gerüsts lagen im Nu im Wasser, und während Gendarmen und Förster die nach Hunderten zählende Bevölkerung, die sich wie zu einem Schaupiel eingeleitet hatte, mühevoll vom Eis fernhielten, knaute es mehr als einmal ominös unter den Füßen des tapfer arbeitenden Gefolges. Mehr als einmal riefen die Förster, die das Eis genau kennen, den Arbeitern Warnungen zu und sprangen zurück, es lief jedoch noch alles glänzend ab, und nach kaum zehn Minuten war die Arbeit erledigt. Quers, als die Gondel von starken Händen der Wasserberührte nähergebracht worden war, glaubten, nachdem die Leiche des Rechtsanwalts Kohrs geborgen war, alle, die hineinblickten, einen zweiten Körper über dem Rand der Gondel zu sehen. Die Leiche Kohrs' hatte sich in dem eisigen Wasser vollkommen konserviert. Man hätte glauben können, einen schlafenden Menschen vor sich zu sehen, nur daß die Arme rechts und links weit vom Körper gestreckt waren, sowie er die Seite getrennt gehalten hatte. Und nun wurde auch das Wasser, wie der Unfall überhaupt möglich gewesen war, einigermassen gelöst.

Die Leiche des Verunglückten waren vollständig in den Strichen der Gondel vermischt, so daß es Schwierigkeiten bereite, den Körper davon zu befreien. Es unterliegt jetzt wohl keinem Zweifel, daß Rechtsanwalts Kohrs dadurch verhängelt war, sich zu retten. Nachdem die Leiche geborgen war, wurde sie auf das Eis gelegt, zugebedt und nun die Gondel geborgen.

Und dann kam ein trauriger Augenblick: Regierungsbaumeister Reidel, der die Arbeiten mit fleißiger Hand geleitet hatte, um vor allen Dingen die Leiche seines Bruders zu bergen, ehe das Eis nachgab, mußte die betrübende Entdeckung machen, daß der Gesuchte sich nicht in der Gondel befand. Es scheint, daß die Leiche bei den Rettungsarbeiten über Bord gesunken ist. Die Gondel wurde vollkommen intakt aus Land gezogen. Es befindet sich, daß auf dem Boden mehrere Säcke Ballast lagen. Auch die Instrumente wurden unversehrt vorgefunden. Es bemerkt, daß die ganze Unfallfahrt nur zwei Stunden gedauert hat, die Katastrophe also etwa um 8 Uhr am Abend des 29. Dec. eintrafen ist. Der Vater des Rechtsanwalts Kohrs ist mit dem 62 1/2 Uhr-Jahre in Wittenberg eingetroffen; inzwischen hatte Direktor Ränger als Vertreter der Familie, die Leiche in einen Sarg legen lassen. Die eigentliche Entsorgung soll in Wahn vor sich gehen, von wo die Leiche nach Lübeck überführt werden wird. Der Staatsanwalt hatte schon früher am Tage die Beerdigung der Leiche freigegeben. Ueber die mutmaßliche

Ursache des Unglücks erklärte Dr. Brödelmann einem Vertreter des „Tag“ Folgendes: „Da die Reiskeine des Ballons gezogen und Ballast im Korbe war, wollten die Luftschiffer zweifellos landen. Dr. Kohrs hat den großen Irrtum begangen, schon jenseits des Wassers hinter den Bäumen die Leine zu ziehen. Als dann der Ballon das Wasser berührte, fiel die Hülle zusammen und das Unglück war geschehen.“

Theater und Musik.

Bühnensport.

z. m. Man schreibt uns aus Weimar: Eine späte Aufführung erlebte hier ein delikates Schauspiel von Wilhelm von Schütz, „Der Goh“. Scholz hatte es schon vor zehn Jahren geschrieben und es jetzt einer teilweise Umarbeitung unterzogen. Als Scholz sein Drama vor zehn Jahren schrieb, hat er sich wohl noch nicht so eifrig mit der Theorie des Dramas beschäftigt

wie heute, oder er hatte es noch nicht verstanden, seine Theorie in die Praxis umzusetzen, denn dem Scholzhilfen Drama fehlt vor allem die dramatische Belebung. Der große Lyriker, der Scholz auch heute noch ist, verleugnete sich auch damals nicht. Das Drama lebt sich zusammen aus wunderbaren literarischen Gedichten, die man aber am liebsten einzeln genießen möchte, denn diese weisen Epikrasen geben auf der Bühne, die mehr oder weniger robbende Wirklichkeit verlangt, unter. Ein Baumeister, dessen Wert, ein Dom, wegen der Fest nicht fortstreichen kann, und eine Liebe zu einer Dame bilden die Haupthandlung. Eine mittelalterliche deutsche Stadt, ihre Bewohner, ihre Festlichkeitsfreude und ihre Lebensart vor der in der Nacht ausgebrochenen Pest, alles ist mit feinen, zarten Worten geschildert. In der Darstellung loten Jäger und Weiße Gutes, Herorragendes Elisabeth Schneider.

Aus Braunschweig meldet uns der Draht: Wie die „Braunschweiger Nachrichten“ berichtet, hat der Herzog-Regent das Entlassungsgeloh des Hoftheaterdirektors Federitz abgelehnt.

rr. Ueber das Deutsche Volkstheater in Hamburg ist der Konkurs eröffnet worden.

Provinzial-Nachrichten.

Erinnerungen an die Kaiserproklamation.

Naumburg, 17. Jan. Unter den hier und in dem Nachbarort Kösen lebenden pensionierten Offizieren befinden sich vier Herren, welche bei der Kaiserproklamation im Spiegelssaal des Schlosses von Versailles, am 18. Januar 1871, anwesend waren und jetzt die 40jährige Wiederkehr des großen politischen Tages erleben können. Es sind dies in Naumburg der General der Artillerie z. D. Engelzahn Köhl, zuletzt Generalleutnant und Kommandeur der 8. Division in Halle, Oberstleutnant z. D. Schulte, zuletzt Kommandeur des Landwehrregiments Colmar i. G.; beide Herren standen damals als Gefolgsleute im Niedersächsischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 5, Oberleutnant v. D. Ziegler und Rapphagen, damals Premierleutnant im Königlich Grenadier-Regiment (2. Westpreussisches) Nr. 7, zuletzt Kommandeur des Landwehrregiments Wehau. In Kösen Generalleutnant z. D. Engelzahn Stieglitz v. Henning, zuletzt Kommandant von Rastatt i. B. Sämtliche Herren gehörten damals dem 5. Armeekorps an.

Kirchenbrand.

Greiz, 17. Jan. Am benachbarten Reindorf geriet gestern früh in der siebenten Stunde das hoch oben auf luftiger Höhe gelegene weithin sichtbare Gotteshaus, das im Wahrzeichen im Kirchhofsgebäude ist, in Brand. Die herbeigeeilte Reindorfer Feuerwehr hatte wegen der 15 Grad Kälte ein sehr schweres Arbeiten. Nur der nördliche Teil mit dem Altar ist erhalten geblieben. Das aber das Feuer nicht gerührt, das hat durch Wasser gelitten. Die Orgel ist geschmolzen. Der Kirchturm mit den Glocken blieb erhalten.

Die Ursache des Brandes dürfte in der Heizanlage zu suchen sein.

Entgleisung auf der Strecke Hoflau-Deßau.

Deßau, 16. Jan. Am Sonnabend, nachmittags 6 Uhr 13 Min., entgleiste auf Bahnhof Galtensleben bei der Ausfahrt des Zuges Nr. 8836 ein beladener Güterzug aus bisher noch nicht bekannter Ursache. Der Wagen legte sich auf die Seite und wurde etwa 50 Meter weit mitgeschleift. Dabei geriet er außer zwei Weichenlaternen einen Teil des Brückenbogens der Reiskerbrücke, auf der er, nachdem der Zug zum Stillstand gekommen war, liegen blieb. Dadurch wurde das betreffende Gleis der Linie Hoflau-Deßau gesperrt; der Betrieb auf der verkehrsfreien Strecke mußte eingeleitet weitergeführt werden. Die Aufgleisung, zu der sofort der Deßauer Hilfsgerätenwagen herbeigeordnet wurde, gestaltete sich sehr schwierig, weil sie nur unter zeitweiliger Sperrung auf dem zweiten Gleise möglich war. Sie konnte deshalb erst nach dem Passieren des letzten Personenzuges von Magdeburg (am Deßau 1 Uhr 2 Min.) tatkräftig aufgenommen und gegen 4 1/2 Uhr früh beendet werden.

Die Personenzüge erlitten durch den Unfall geringe, die Güterzüge dagegen erhebliche Verspätungen. Die meiste Verspätung hatte der um 10 Uhr 28 Min. von Wittenberg her eintreffende Personenzug, der erst um 10 Uhr 50 Min. in Deßau anlangt.

Städtische Hindolehnhut.

Magdeburg, 16. Jan. Die Stadt Magdeburg beabsichtigt, eine eigene städtische Hindolehnhaltung auf den Kleefeldern einzurichten.

Deßau, 15. Jan. (Erster Bürgermeister Kampoldt) trat mit dem gezeigten Tage seine zweite 12jährige Wahlperiode an. Aus diesem Anlaß wurde er von den städtischen Beamten durch Überreichung von Blumen beglückwünscht.

Deßau, 16. Jan. (Prof. Dr. Mentz) früher Oberlehrer an der hiesigen Realschule, wurde einstimmig zum Direktor der Mittel-Barmener höheren Mädchenschule und des Lehrerbinnen-Seminars gewählt.

Vernburg, 17. Jan. (Ein Einbruchsdiebstahl) wurde am Sonntag in der Zeit vom Mittag bis zum Abend bei einem hiesigen Gefäßmaschinen in der Auguststraße verübt. Diefem wurden aus einer verschlossenen Kommode, in der 1500 Mark in Gold und Papier aufbewahrt wurden, annähernd sechshundert Mark gestohlen.

Weimar, 17. Jan. (Seinen Racheakt mit dem Tode gebührt) hat der Brauereiarbeiter, der in der Reichsbrauerei heimlich die Hähne großer Bierbehälter öffnete, wodurch Biermengen im Werte von 80 000 Mark sich in die Kellerträumlichkeiten ergossen. Der Arbeiter ist am Sonntag, nachdem die Staatsanwaltschaft einen Steckbrief gegen ihn erlassen hatte, in einer Feldschneise zwischen Mellingen und Umperstedt erhängt aufgefunden worden. Die Bierflut erreichte in den Kellern eine Höhe von 100 Meter. Ein Feuerwehmer, der wegen Unfähigkeit der zurückgehenden Bierweiser in den überhörmten Kellern tätig war, stürzte durch einen unglücklichen Anstoß in den Biersee und wäre beinahe ertrunken. Die Brauerei hat neben großen Mengen Lagerbier auch das gesamte Bodabiergebräu verloren.

Vermischtes.

Der Prinz als Bankier. Der älteste Sohn des Kronprinzen Don Miguel von Braganza war unter dem Namen eines Duc de Vigen seit sechs Monaten als Volontär in dem Bureau der angesehenen Maklerfirma Basil Montgomerie Fitzgerald & Cie. in der Londoner City beschäftigt.

Er ist aber vor einigen Wochen plötzlich wieder nach Desterreich abgereist. Die Firma stellte dem Herzog die besten Zeugnisse aus. Er habe wie jeder andere seiner jungen Leute gearbeitet und sich besonders für finanzielle Transaktionen interessiert. Der Duc de Vigen hat bekanntlich vor einigen Monaten die Dollar-Prinzipal Unitä Stewart getrauert. Montgomerie Fitzgerald & Cie. sind der Meinung, daß er in kurzer Frist an sein Volk in ihrem Bureau zurückkehren werde.

Doppelhinzuhaltung in Jüterburg. Dienstag früh wurden im Hofe des Amtsgerichtsbüroaus in Jüterburg die beiden vom Schwurgericht in Jüterburg zum Tode verurteilten russisch-polnischen Landarbeiter Wladislaus Murawski und Peter Galat, die ihren Arbeitskollegen Solowowski im Anlauf vorigen Jahres getötet und herabgetreten, hingerichtet.

Unangeführter Überfall in Paris. Der Amerikaner Harry Miller, der Sonntag aus Berlin in Paris eingetroffen war, wurde Dienstag an Armen und Beinen gefesselt in einem vorörtlichen Graben gefunden. Er gab an, daß seine mangelhafte Kenntnisse von Paris von einem vertrauenswürdigem, gut gekleideten Manne, der ihn am Nordbahnhofe anpöndel, mitgebracht wurde, um ihn in einen Hinterhalt zu locken und auszuplündern.

Ein Armentrat als Schwinder. Montag früh ist in Paris im 17. Bezirk ein Armentrat namens Dupry wegen ganz merkwürdiger Schwindtaten in Haft genommen worden. Er nannte der Armentreueverwaltung eine ganze Anzahl von Personen, die gar nicht existierten als Arme, und zog die Interrogationsprotokolle für sie ein. Er erhielt Summen von 7-50 Francs, die er dann für sich verbrauchte. Der verhaftete Armentrat, der in das Gefängnis eingeliefert wurde, behauptet, das Opfer von 300 Francen geworden zu sein.

Mutiges Drama in der Thespislarre. In einem Wohnwagen fahrender Schauspieler, die in einem Pariser Vorort ihre Zelte aufgeschlagen hatten, ereignete sich ein blutiges Drama. Der 30jährige Schauspieler Jean Mangin, der stark dem Trunke ergeben war, lebte in dem toleanten Haus gemeinsam mit seiner Freundin Marie Joanot. Montag brach in dem Wagen ein heftiger Streit zwischen dem Paare aus. Plötzlich ergriff Marie Joanot einen Revolver und feuerte auf ihren Liebhaber. Mit durchschossener Schläfe stürzte Mangin tot zu Boden. Die Mörderin rief um Hilfe, und als die anderen Schauspieler in den Wagen drangen, ertönte abermals ein Schuß. Das junge Mädchen hatte verlustigt sich selbst das Leben zu nehmen. In Herz verletztem Zustande wurde sie nach dem Spital Boucaut geschafft.

Die Beklagter Damen gegen den Kleiderzug. Auch in die nationalphilosophische Schenkweise der Seren bringen der Curus vor. Die angelegentlich Beklagter Damen wollen sich beschaffen, um eine Vereine sammeln, um dem Vorbringen des Curus Einhalt zu tun. Sie wollen sich solitärlich erklären und solipistischen Toiletten und Schmuckstücke entgegen.

Letzte Nachrichten.

Mord.

H. Darmstadt, 17. Jan. (Privat-Telegramm.) An der achtjährigen Tochter des in der Gellertstraße wohnenden Schreinermeisters Traub wurde gestern ein Mord verübt. Das Kind wurde in einem Saal auf dem Speicher tot aufgefunden. Am Halse zeigten sich deutlich Spuren von Gewalt. Der Täter ist bisher unbekannt.

Attentat auf einen Notar.

Budapest, 17. Jan. Aus Kefteln wird gemeldet: Als der Notar Denard aus dem Kasino sich nach Hause begeben wollte, wurden drei Revolvergeschosse auf ihn abgefeuert. Nach kurzem Todeskampf verschied Denard. Der Mörder, ein früherer Steuerbeamter, beging Selbstmord.

Der Auskand in Lissabon.

W. Lissabon, 17. Jan. Der Auskand der Arbeiter der Eisenwerke und anderer Metallindustrien hat sich ausgedehnt. Ein großes Aufgebot von Kanalarbeiter und Infanterie bewacht die Fabriken und die städtischen Gaswerke. Die Straßen werden fortwährend von Patrouillen durchzogen.

Bergmannstod.

Zabze, 17. Jan. Auf der „Konstantin“-Grube wurde durch herabstürzende Röhrenmassen beim Weilerabbau der Bergmann Witel erschlagen. Sein Arbeitskollege konnte sich in letzter Minute noch in Sicherheit bringen.

Lloyd George.

London, 17. Jan. Der Zustand des englischen Finanzministers Lloyd George, der sich beim Wahlkampf eine schwere Kehlkopfentzündung zugezogen hatte, gibt zu bedenklichen Gerüchten Anlaß. Der Minister ist nach seiner Heimat, Wallis, abgereist.

Wien, 17. Jan. Kaiser u. Kaiserin sind von hier nach Persien abgereist. — Der persische Agent, der sich letztendlich vor nordberühend aufhalten wollte, hat den Wiener Aufenthalt über vier Wochen ausgedehnt.

Brüssel, 17. Jan. Dem „Sour“ wird gemeldet, daß der Ratrouzen und Schiffschifferektel auf dem Kanarek der Seeleute, der in Amsterdam lagte, beschliffen wurde.

Unterhaltungsblatt.

Freiheit. Roman von Walter Schmidt-Fähr. (Kont.) — Erwachen zum Tode. Künstler-Novelle von Wolfgang Moser. — Wilde Winter. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Vertung. Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weitzer; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Interzettel: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — Einschließlich Unterhaltungsblatt.

Handel, Gewerbe und Verkehr

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 215, Diskonto 196,25, Deutsche Bank 265,12, Berliner Handelsgesellschaft 171,25, Dresdner Bank 164,75, Russische Anleihe von 1902 94,20, Türkei 183,25, Lombarden 211,2, Kanada 216,75, Balmorale 205,25, Langmitte 169, Bochumer 225,25, Eisenbahnen 208,50, Harpener 184,25, Deutsch-Luxemburg 196, Phönix 240,50, Siemens & Halske 242,37, Hamburger Paketfahrt 143,12, Nordl. Lloyd 107,12, Gr. Berl. Strassenbahn 198,75, Warschau-Wiener 222,87. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. f. Verkehrswesen 275, Hald & Francke 3, Finkenberg, Zement 250, Bernburger Masch. 3,50, Busch Waggon 3, Kalker Werkzeug 4, Kösch 2, Kronprinz Metall 4, Lübeck Masch. 2,50, Haller Metall 2,25, Rütgerswerke 2, Charlottenberg chem. Fabr. 3, Deutsche Tonröhren 2, Julius Berger 2, Delmenhorst Linoleum 3,40, Nordd. Spiritwerke 2, Nordd. Steingut 3, Plantaverke 275, Schönwald Porz. 5, Rauchwaren 3, Walter 375, Rhein. Spiegglas 370, Schweizer Glaslitze 2, Ammendorfer Papier 7, Rositzer Braunkohlen 2, Gusstahl Döhlen 275, Westf. Drahtst. 275, Witten Gusstahl 475; niedriger: Preuss. Leihhaus 5, Hartmann Masch. 3,50, Koppel Masch. 5, Union chem. Fabr. 3, Zeitzer chem. Werke 2, Deutsche Gaslitze 4, Zimmermann 200, Bremer Wollw. 5, Giermes 2,50, Ver. Glanzstoff 3, Oldenburg, Eisen 2.

Zum Kursnotiert. Berlin, 17. Jan. 4% Badische Staatsanleihe 109,00, 18. 101,70, 19. 101,70, 20. 101,70, 21. 101,70, 22. 101,70, 23. 101,70, 24. 101,70, 25. 101,70, 26. 101,70, 27. 101,70, 28. 101,70, 29. 101,70, 30. 101,70, 31. 101,70, 32. 101,70, 33. 101,70, 34. 101,70, 35. 101,70, 36. 101,70, 37. 101,70, 38. 101,70, 39. 101,70, 40. 101,70, 41. 101,70, 42. 101,70, 43. 101,70, 44. 101,70, 45. 101,70, 46. 101,70, 47. 101,70, 48. 101,70, 49. 101,70, 50. 101,70, 51. 101,70, 52. 101,70, 53. 101,70, 54. 101,70, 55. 101,70, 56. 101,70, 57. 101,70, 58. 101,70, 59. 101,70, 60. 101,70, 61. 101,70, 62. 101,70, 63. 101,70, 64. 101,70, 65. 101,70, 66. 101,70, 67. 101,70, 68. 101,70, 69. 101,70, 70. 101,70, 71. 101,70, 72. 101,70, 73. 101,70, 74. 101,70, 75. 101,70, 76. 101,70, 77. 101,70, 78. 101,70, 79. 101,70, 80. 101,70, 81. 101,70, 82. 101,70, 83. 101,70, 84. 101,70, 85. 101,70, 86. 101,70, 87. 101,70, 88. 101,70, 89. 101,70, 90. 101,70, 91. 101,70, 92. 101,70, 93. 101,70, 94. 101,70, 95. 101,70, 96. 101,70, 97. 101,70, 98. 101,70, 99. 101,70, 100. 101,70.

Landener Börse vom 17. Jan. Es notierten: Frg. Konsole 80,12, Rio Tinto 69,37, Goldfeld 50, Goldfeld 50, Stuel. om. 78,43, Steel preis. 121,75, Rand Mines 8,65, Anaconda 5,06.

Die schwebenden Fragen in der Kallindustrie.

Seitdem die Vertreter der amerikanischen Düngervereine, die mit den Werken der Schmidmanngruppe die bekanntesten aussersyndikalischen Kaliverträge getätigt haben, unverrichtete Sache nach Amerika zurückgekehrt sind, haben sie, so führt die „Voss. Ztg.“ aus, kein Mittel unversucht gelassen, um die dortige Regierung zu Massnahmen gegen die gesetzliche Regelung der deutschen Kallindustrie zu veranlassen. Hierbei fanden sie bisher in irgend einer fremden Lande gegen diese Produkte gerichtete ungerechtfertigte Vorgehen (Discrimination). Es handelt sich in diesem Falle um eine deutsche Ware, die nach dem Ausland exportiert wird, aber man muss oft gehen, dass keineswegs irgend ein solches ungerechtfertigtes Vorgehen vorliegt, sondern es wird lediglich in Deutschland den heimischen Verbrauchern ein freies Lande gegeben, auf dem die Bevölkerung dieses Landes ein unbestreitbares Recht hat. Die ganzen Schwierigkeiten rühren von einer besonderen Bestimmung des § 2 des Tarifaktes her. Dieser unterwirft den amerikanischen Höchstzölle die Produkte jedes Landes, das eine Ausfuhrprämie zahlt oder einen Ausfuhrzoll auferlegt oder überhaupt den Export nach den Vereinigten Staaten in einer Amerika verteilende Art und Weise verbietet. Also angenommen, Deutschland vergütet eine Ausfuhrprämie auf Kali, was an andere Länder verkauft wäre, und nicht auf solches nach den Vereinigten Staaten zu liefernde, oder wenn der Verkauf von Kali an die Vereinigten Staaten verboten wäre, während andere Märkte reichlich damit versehen würden, dann wäre eine Veräußerung als vorzuziehend zu erachten, und man würde auf Grund des Tarifgesetzes zu Repressalien schreiten müssen. Es kann aber niemand behaupten, dass diese Bedingungen gegeben sind. Die Tatsache ist, dass durch das deutsche Gesetz möglicherweise ein Kontraktbruch entsteht, für den man sich bei den Gerichten sein Recht holen kann. So wie die Sache im vorigen Artikel dargestellt wurde, ist das reiches des Zollgesetzes. Wenn man zum ersten Male den Strafparagrafen des Tarifes anwenden würde, so müsste man das der seiner Sache, ehe man zu solchen äussersten Massregeln greift, ganz sicher sein.

„Soweit die „Sun“ wie die „Voss. Ztg.“ hierzu weiter von massgebender Seite erfährt, wird die Note der amerikanischen Regierung, die sich mit dieser Frage befasst und bei den deutschen Reichsbehörden einleufen wird, in beschleunigter Weise Erledigung finden. Was die Gründungsfristigkeit in der deutschen Kallindustrie anlangt, so wurde kürzlich verschiedentlich im Zusammenhang damit von der Möglichkeit einer Herabsetzung der Fristenfrage gesprochen. Es bestünde jedoch an dem massgebenden Stellen die Absicht, vorläufig keinerlei Änderungen vorzunehmen, auch wird man die Gründungsfristigkeit nicht einzudämmen suchen. Man wird vielmehr erst die Wirkungen des Gesetzes in einem gewissen Zeitraum abwarten. Es ist aber wahrscheinlich, dass die verschiedenen Fragen, die an die Behörden sehr häufig herantreten, sich zu einer Intervention im Reichstag verdichten.

Riebeckische Montanwerke.

In Sachen der Angliederung findet der „Frk. Ztg.“ zufolge am 18. Januar eine Sitzung des Aufsichtsrats der Riebeckischen Montanwerke statt. Es dürfte ausser der Sächsisch-Thüringischen Braunkohlen-Akt.-Ges. noch ein drittes Werk in Frage kommen.

Preferenzmischung für Pneumatik.

Die Continental Caoutchouc Co. gibt bekannt, dass sie eine Preisermässigung von 10 bis 17 Proz. auf Autopneumatik ein-treten lässt.

Preisermässigung für Borsten.

Nach Meldungen aus Russland sind Rohborsten um 8 bis 10 Proz. im Preise gestiegen. Infolgedessen ist auch mit einer Verteuerung der zugerichteten Borsten zu rechnen.

L. Mende, Frankfurt a. O. — Discontogesellschaft.

Die altangesehene, seit 1801 bestehende Bankfirma L. Mende in Frankfurt a. O. wird auf die Discontogesellschaft übergehen und von

Frankfurt a. O. 3 Grossbanken, Discontogesellschaft, Dresdner Bank und Darmstädter Bank, Frankfurt a. O. unterhalten.

Deutsche Hypothekbank in Meiningen. Im Geschäftsbericht für 1910 finden sich noch folgende allgemein interessierende Ausführungen: Im neuen Jahr droht dem gesamten Immobilienverkehr in der geplanten Reichsverzugssteuer eine weitere Belastung. Die Bestimmungen des dem Reichstag vorliegenden Gesetzesentwurfes werden im Falle ihres Inkrafttretens besonders ungünstig auf die Bau- und Hypothekentätigkeit hemmen und damit auch den Hypothekmarkt erheblich beeinträchtigen.

Kallwerk Krügerhall Akt.-Ges. Die Gesellschaft beruht eine ausserordentliche Generalversammlung, auf deren Tagesordnung folgende Anträge stehen: „Ernächtigung des Vorstands zum Erwerb von 501 Kuxen der Gewerkschaft Glühthiershall in Göltingen, Erhöhung des Grundkapital um nom. 3.000.000 Mk. durch Erlassung von 3000 neuen Aktien über je 1000 Mk. die vom 1. Januar 1911 ab dividendenberechtigt sein sollen.“ Das Kallwerk Krügerhall verfügt bereits über ein Aktienkapital von 5 Mill. Mk. Die Gewerkschaft Glühthiershall ist eine tausend-teilige Gewerkschaft.

Kallwerke Salzdetfurth. Die Dividende dieser Gesellschaft für das abgelaufene Geschäftsjahr „Lok.-Anz.“ zinslos in Börsenkreisen auf 12 bis 14 Proz. (6 V. u. 10 Proz.) geschätzt.

Bei den Rheinisch-Westfälischen K.V. u. V. Der Versand im ersten Semester nicht unbedeutlich grösser als in der Vergleichsperiode des Vorjahres, und die Semestralbilanz weist dementsprechend einen grösseren Überschuss auf. Die weiteren Aussichten werden günstig beurteilt.

Preisermässigung in der deutschen Kleinteileindustrie. Aus Hagen wird gemeldet: Die Preiskontrollen der Spinnfabriken (Kleinteile) für Befestigungszwecke nahm mit sofortiger Gültigkeit eine 5proz. Preisermässigung vor unter entsprechender Ermässigung der Rabatte.

Die Einfuhr von Messing und verwandten Metallen ist im Jahre 1910 so sehr in die Höhe gegangen, dass der Rückschlag, der im Jahre 1908 einsetzte, zu einem guten Teile wieder ausgeglichen ist.

Japanische Lokomotivbestellungen bei deutschen Fabriken. Auf Tokio wurde gemeldet, dass die japanische Regierung 12 Lokomotiven bei den Fabriken Borsig und Schwartzkopff bestellt habe.

Aus der Niederlausitzer Braunkohlen-Industrie. Das Niederlausitzer Brikket-Syndikat und die zur Friedländer-Fuldenschen Gruppe gehörige Braunkohlen- und Brikket-Industrie-Akt.-Ges., die ausserhalb des Syndikats steht, bekämpfen sich in Rundschreiben an die Kleinrentner des Syndikats um sofortigen Rücktritt (Kleinrentner für Befestigungszwecke) nahm mit sofortiger Gültigkeit eine 5proz. Preisermässigung vor unter entsprechender Ermässigung der Rabatte. Den Abnehmern gegenüber, die Nichtsyndikatmarken führen, droht das Syndikat die nötigen Folgerungen zu ziehen. Die durch dieses Schreiben sich ankündigende lähmende Braunkohlen- und Brikket-Industrie-Akt.-Ges. betont demgegenüber, das Syndikat habe eine gesteigerte Erzeugung herbeigeführt, sei aber nicht in der Lage, dafür neue Absatzwege zu finden, sondern wolle den Handel in seiner Freiheit noch mehr einschränken. Die Gesellschaft bietet den Abnehmern ersklassigere Marken an, wenn das Syndikat ihnen diese vorenthalten sollte.

Berliner Metallmarkt. Auf die wenig befriedigende amerikanische Kupferstatistik hin war der Markt ohne Belebung. Die Nachfrage der Konsumenten war unerheblich. Kupfer lag schwach.

Die Kupferausfuhr aus den Vereinigten Staaten betrug in der zweiten Januarwoche 9041 t gegen 7192 t in der ersten Woche.

Verkaufsgesellschaft hannoverscher Ziegeleien G. m. b. H. in Hannover. Das Geschäftsjahr 1910, das in den letzten Ziegelleien wenig günstig verliefen. Ist es doch nur gelungen, einen Absatz von 11 Millionen Steinen zu erzielen, während in 1909 noch 130 Millionen Steine verkauft wurden. Dieser Absatz stellt nur 43 Proz. der Erzeugungsfähigkeit dar. Der Rückgang der Abnehmer des letzten Jahres ist im wesentlichen auf den Zustand im Baugewerbe zurückzuführen. Zu Anfang des Jahres 1910 waren ausserdem noch 50 Millionen Steine vorräufig. Gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, um die Ziegeleiverbände von Kassel und Göttingen an die bestehenden lokalen Vereinigungen anzuschliessen. Diese bestehen bislang in Hannover, Hildesheim, Bielefeld, Lemgo, Braunschweig und seit kurzem auch in Hainstadt. Die örtlichen Verbände haben in diesem Sinne mit einer grossen Anzahl von freien Ziegeleien verhandelt, deren Wettbewerb aber angeblich den Verkaufsgesellschaften keine besonderen Schwierigkeiten macht, da die grösseren Verbraucher mit den leistungsfähigeren und prompt-liefernden Verbänden abzuschliessen pflegen.

Act.-Ges. Dresden. Die am Sonnabend in Dresden stattgehabene Generalversammlung genehmigte die Regularien und setzte die Dividende für 1910 auf 6 Proz. für ein Monat umfassendes Geschäftsjahr auf 6 Proz. pro rata temporis fest. Die Verwaltung hegt für die Zukunft gute Hoffnungen.

Fusionsbestrebungen. Zu den Fusionsgerüchten über die Wittener Stahlröhrenwerke wird mitgeteilt, dass in der Tat Fusionsbestrebungen bestehen, doch dürfte das Stahl- und Eisenwerk Hösch kaum in Frage kommen.

Auflösung des Reichsanleihe-Konsortiums. Das Konsortium für die Übernahme der 4proz. Deutschen Reichsanleihe aus dem Jahre 1910 hat sich nach dem Verkauf der Restbestände aufgelöst.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke Akt.-Ges. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, eine Dividende von 24 Proz. (im Vorj. 20 Proz.) nach gewählten Abschreibungen (f. V. 118 227 Mark) und Rückstellungen vorzuschlagen. Gleichzeitig wird die Verwaltung eine Erhöhung des Kapitals, das gegenwärtig 3 Mill. Mk. beträgt, um 500.000 Mk. beantragen. Die Kapitalerhöhung soll zur Angliederung eines benachbarten Kohlenwerkes dienen.

Radium bei Auer. An der Berliner Börse wird die letzte-tzige starke Kurssteigerung der Aktien der Deutschen Gas-glühlicht-Akt.-Ges. (Auer) mit einem Geruch in Verbindung gebracht, wonach die Gesellschaft in ihren Thoriumbeständen das Vorhandensein von Radium festgestellt haben sollte.

Infolge Geschäftsausscheidung. Wie aus Nürnberg gemeldet wird, kauften die Vereinigten Fränkischen Schulfabriken neuer-dings ein grosses Grundstück zur Errichtung eines neuen Fabrik-gebäudes, das infolge der Ausscheidung des Geschäfts notwendig geworden war.

Die Berliner Holzkomptoir A.-G. hat in Russland bedeutende Waldungen erworben. Es handelt sich um ein Objekt von ca. einer Million Mark, die aus den eigenen flüssigen Mitteln bestritten werden.

Durch Auflösung des Zindholzsyndikats ist auch die schlech-tische Zindholzindustrie schwer geschädigt worden. Die Preise sind weit unter die Herstellungskosten gesunken. Die Preise sind ebenfalls gesunken. Es werden grosse Arbeiterentlassungen statt. Nach den Erhebungen der Schwednitzer Handelskammer fordern die Interessenten eine Besteuerung der Zindholzersatzmittel oder die Einführung des Zindholzmonopols.

Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering. Der Auf-sichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, die in den General-versammlungen vom 28. April 1908 und 22. April 1910 genehmigte

Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von 1 Mill. Mk. neuer Stammaktien nuncmehr durchzuführen. — Die Deckung und Zeichnung der neuen Aktien erfolgte zum Kurse von 170 Proz. — Den Besitzern der bisherigen 5 Mill. Mk. Stamm-aktien wird auf die neuen Aktien ein Bezugsrecht zu dem näm-lichen Kurse eingeräumt; gegen Vorlage von 5000 Mk. alter Stammaktien können in der Zeit vom 18. bis 31. Januar je 1000 Mark neue Stammaktien bezogen werden.

Verbandsverlängerung. Die Vereinigung Rheinisch-West-fälischer Verblensteinwerke wurde auf 3 Jahre verlängert.

Waren und Produkte.

Getreide.
Berliner Produktenbörse. 17. Januar. Am Frühlmarkt notierten Weizen inland 108,00—201,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inland 148,00—149,00 ab Bahn und frei Mühle. Fliehr mährischer, mecklenburger, pom. (rosssch), pomm. sacher und schlesischer fein 175—182, mittel 162—172, gering 155—161, russisch und Donau mittel 155—167, gering 149—154 ab Bahn und frei Mühle. Mais amerik. mixed 133—142, neuer abfallender —, runder 120,00 130,00 frei Waren. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 138,00—152,00, gute 153—164, russische und Donau leicht 122,00 126,00, schwere 127—132 ab Bahn und frei Waren. Erbsen inländische und ausländische Futtererbsen mittel 110—115, unten-erbsen 165 160 ab Bahn und frei Waren. Weizen 00 42,25 bis 97,50. Roggen 00 0 und 11,92—21,23. W. zwickel 00 11,25. Roggen 00 9,25—10,25.

Magdeburg. 17. Jan. Die Notierungen versehen sich für 1900 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen engl. und Sommer fest, gut 196 20,0 M., Weizen Rauh-194—195. Roggen inland, stetig, gut 144—143. Gerste ausl. Futtergerste, mittel gut 124—126. Hafer inl. fest, 158 109. Mais runder stetig, gut 136—138, amerik. bunter, gut — M.
Hamburg. 17. Jan. (Getreidemarkt) Weizen fest. Ostholst. Mehl 202—204, Roggen fest, Mecklburg. und pomn. 141—155, Gerste 109, 107, Hafer fest, Holsteiner —, Mecklenburger —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 152 bis 175. Mais fest, La Plata 101 103 mixed 109 103.
Antwerpen. 17. Jan. Deutscher Weizen, Kontrakt B., per Jan. 5,32 1/2, März 5,27 1/2, Mai 5,22 1/2, Juli 5,27. Sept. 5,17 1/2. Fr. Umsatz 205,000 kg. Beht.

Liverpool. 17. Jan. Roter Winterweizen per März 70 1/2, per Mai 69 1/2, per Juli 68 1/2, per Sept. 67 1/2. Fest. Weizen per April 114 1/2, 114 1/2. Roggen per Okt. —, G. —, B. per April 5,13 G., 5,14 B. Hafer per April —, G. —, B. per April 8,01 G., 8,02 B. Mais per Mai 5,07 G., 5,08 B.

Zucker.

Hamburg. 17. Jan. Rübenroh Zucker, I. Produkt, Basis 95%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, vorm. nachm. abends

per Januar	9,12 1/2	9,10	9,10 M.
per März	9,12 1/2	9,10	9,10 1/2
per Mai	9,12 1/2	9,10	9,10
per August	9,10	9,10	9,10
per Oktober	9,10	9,10 1/2	9,10 1/2
per Dezember	9,10	9,10	9,10

Kaffee.

Hamburg. 17. Jan. Good average Santos vorm. nachm. abends

per März	58 G.	60 G.	60 G.
per Juni	58 1/2 G.	59 1/2 G.	59 1/2 G.
per September	58 1/2 G.	59 G.	59 G.
per Dezember	57 1/2 G.	58 1/2 G.	58 1/2 G.

Bio de Janeiro.

17. Jan. Kaffee-Zufuhrn 6.000 Sack in Rio 5.000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg. 17. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,00 21,50. Stetig.

Berlin. 17. Jan. Kartoffelmehl u. -Stärke 21,50—22,00. Feuchtes Kartoffelmehl 11,00.

Spiritus.

Nordhausen. 17. Jan. 40 Vol. prozent. für 100 kg (106—100 l) 87,75—88,75 Mk., do. 48 Vol. prozent für 100 kg (106—100 l) 89,00—90,00 Mk. per loko und Dez. 1910—Sept. 1911 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Öle.

Hamburg. 17. Jan. Stadtschmalz 61,00, amerik. Steam 51,50, Chamberlain 54,00.

Köln. 17. Jan. Rüböl loko 83,00, per Mai 61,00. Still.

Chemische Produkte.

Hamburg. 17. Jan. Chilisalpeter per loko 817 1/2, Febr.-März 9,22 1/2, frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen. 17. Jan. Baumwolle still. Upl. loko mittl. 78,00 Pfg. Liverpool, 17. Jan. Baumwolle, Umsatz 1.000 Ballen, Import 28.000 Ballen, davon amerikanisch 1.400 Ballen.

Liverpool. 17. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 10,50. Alexandria, 17. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 21,10, Mai 20,16, Nov. 19,27.

Metalle.

London. 17. Jan. Chili-Kupfer stetig 150 1/2, 3 Mon. 50 1/2, Zinn 29 1/2, Zink 196 1/2, 3 Mon. 190 1/2, Blei span., ruhig 23 1/2, engl. 13 1/2, Zink gewöhnliche Marke, ruhig 34, spez. Marke 23 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldungen via Azoren-Emden.

New York	17.1.	16.1.	Chicago	17.1.	16.1.
Weizen per Mai	108 1/2	107 1/2	Weizen per Mai	101 1/2	100 1/2
Mais per Mai	68 1/2	67 1/2	Mais per Mai	50 1/2	49 1/2
per Juli	—	—	per Juli	—	—
Mehl Spring clear	4,25	4,25	Hafer per Mai	34 1/2	34 1/2
Kaffee Fair Rio Nr. 7	13 1/2	13 1/2	per Juli	34 1/2	34 1/2
per Jan.	11,43	11,40	Roggen per Jan.	86 1/2	85
per Febr.	11,82	11,40	Shuhmalz per Mai	10,38	10,27
Petroleum in Cases	8,90	8,90	per Juli	10,07	9,95
do. in Philadelphia	7,40	7,40			

Tendenzen: Weizen stark, Mais stramm

Wasserstände.

(— bedeutet über, — unter Null)

Ort	16. Jan. +0,00	17. Jan. +0,50	Fall	Wechs.
Ayres, Brakenpogel	—	—	—	—
Nebra, Oberpegel	+2,04	+2,00	—	—
Unterpegel	+1,39	+1,40	—	—
Weissenfels, Oberpegel	+2,32	+2,40	—	—
Unterpegel	+2,22	+2,10	—	—
Frotha, Unterpegel	+1,52	+1,50	—	—
Altdorf, Oberpegel	+1,59	+1,50	—	—
Unterpegel	+1,39	+1,20	—	—
Bernburg, Unterpegel	+0,85	+0,82	—	—
Kalbe, Unterpegel	+1,48	+1,49	—	—
Unterpegel	+0,82	+0,82	—	—

Iserr. Kezer. Rube. Wolden.

Jan.	Fall	Wechs.	Jan.	Fall	Wechs.	
Jungbunzl.	16	+4-10	1	Wittenberg	17	+2-20
Land.	16	+0-8	1	Reisenberg	17	+1-13
Budweis.	16	+0-7	2	Barby	17	+1-14
Prag	16	+0-8	1	Schönebeck	17	+1-18
Breslau.	16	+0-10	1	Magdeburg	17	+1-20
Braunau.	16	+0-12	1	Halle	17	+2-18
Melnik.	16	+0-12	14	Wittenberg	17	+2-18
Letmitza.	16	+0-2	8	Domitz	16	+1-8
Aussig.	16	+0-3	8	Bozenberg	17	+1-7
Dresden.	16	+1-17	8	Hochstetern	17	+1-15
Torgau.	16	+1-14	2	Lauenburg	17	+1-9

Anst. 17. Jan. Pegelstand plus 25 cm. Vom Obertau werden 43 am Fall gemeldet.

